

CALL FOR PAPERS

Von TINA, „alternative facts“ und Wissenschaft

Politische Diskurse, Praktiken und Institutionen im Wandel

Tagung des Arbeitskreises „Politik und Kultur“ der DVPW
in Kooperation mit und in der Akademie für Politische Bildung Tutzing
10. – 11. Februar 2023

Seit den Nullerjahren erleben die politischen Kulturen moderner Demokratien weltweit starke Transformationen. Die politischen Diskurse, die im Rahmen dieser Prozesse der Umgestaltung entstehen, sind vielfältig und verändern die politische Praxis und politische Institutionen auf unterschiedliche Art und Weise. Die Tagung nimmt drei Spielarten dieser Diskurse unter die Lupe, den Imperativ der Alternativlosigkeit (TINA), die Behauptung von „alternativen Fakten“ und den Wissenschaftsdiskurs. Nachdem die beiden ersten bereits vor Ausbruch der Covid-19 Gegenstand der politikwissenschaftlichen Auseinandersetzung gewesen sind, gewinnt die Frage nach der Funktion und dem Gewicht von wissenschaftlichen sowie Expertendiskursen mit der Pandemie aktuelle Bedeutung. Auch in den Diskursen dazu, wie dem globalen Klimawandel zu steuern sei, kommt einer in wissenschaftlichen Erkenntnissen fundierten Politikberatung und Politikbegründung zunehmende Relevanz zu. Hingegen wird in der gegenwärtigen Kommunikation zur deutschen bzw. westlichen Politik in Reaktion auf den Russisch-Ukrainischen Krieg, vor allem im Blick auf Waffenlieferungen an die Ukraine und die EU-Sanktionen gegen Russland, einmal mehr die Alternativlosigkeit politischer Entscheidungen ausgerufen.

In den Kontroversen zu diesen Themen werden die Unterschiede deutlich, die in Bezug auf die Logiken, die Funktionen und die zeitlichen Dimensionen zwischen wissenschaftlichen Diskursen und politischen Diskursen, zwischen dem Ermitteln und Diskutieren wissenschaftlicher Aussagen einerseits und der Deliberation und dem Treffen politischer Entscheidungen andererseits bestehen. Diese Unterschiede existieren auch zwischen der Vorstellung einer möglichen Annäherung an „Wahrheit“ im Sinne methodologischer Wahrhaftigkeit in der Wissenschaft und der Entgegensetzung von „wahr“ und „falsch“, wie sie politische und allgemein öffentliche Debatten oftmals prägt. Das Verhältnis zwischen erstens Wissenschaft, zweitens einer mit Wissenschaft bzw. Expertenwissen begründeten Alternativlosigkeit politischer Entscheidungen und

drittens alternativen Wahrheiten in einer als postfaktisch verstandenen Politik wird derzeit neu austariert. Dabei steht das Risiko einer Instrumentalisierung der Wissenschaft durch die Politik zum Zweck der Legitimation politischer Entscheidungen der Gefahr eines Outsourcings politisch zu treffender, aber kaum öffentlichkeitswirksam zu vermittelnder Entscheidungen an Wissenschaftlerinnen und Experten gegenüber.

Folgende Fragen stehen somit im Fokus der Tagung:

- Wie entstehen und formieren sich der Imperativ der Alternativlosigkeit, behauptete „alternative facts“ und der Wissenschaftsdiskurs? Wie verhalten sich diese Diskurse zueinander? Wie wirken sie auf den demokratischen Vorstellungsraum?
- Wie kann einer Diffusion von „alternative facts“ und (postulierter) Wissenschaftlichkeit begegnet werden? Wie beeinflusst die Verbreitung „alternativer Fakten“ die Verständigung über den nicht-kontroversen Konsensbereich, der politischen Systemen ein Mindestmaß an Kommunikationsfähigkeit und politisch-kultureller Kohäsion bereitstellt?
- Haben die aktuellen Krisen den Einfluss der Wissenschaft auf Politik und Gesellschaft gestärkt oder das Vertrauen von Gesellschaft und Politik in die Wissenschaft geschwächt? Welche Konsequenzen entstehen für die Wissenschaft durch die zunehmende Orientierung an ihrer Third Mission?
- Wie gehen Wissenschaft und Politik mit den aktuell neu akzentuierten Erfahrungen von Ungewissheit um? Wie reagieren sie auf die Wahrnehmung epistemischer und ontischer Unsicherheiten?
- Welche Probleme bergen expertokratische und technokratische Züge des Regierens für die Demokratie? Wie kann ihnen demokratisch begegnet werden? Wie verhält sich der Anspruch auf absolute Wahrheit zu dem Kern des demokratischen Systems, in dem Mehrheiten entscheiden?
- Was verändern die Diskurse der Alternativlosigkeit, der „alternativen Fakten“ und der Wissenschaft in der politischen Praxis, unter anderem der Praxis des Regierens? Welche Wirkungen haben diese Diskurse und die Veränderung des demokratischen Vorstellungsraums auf die politischen Institutionen?

Die Tagung wird von Wolfgang Bergem vorbereitet und inhaltlich organisiert. Vorschläge für Beiträge zu den skizzierten Fragestellungen senden Sie bitte bis zum 15. November 2022 an folgende Mailadresse: wolfgang.bergem@ph-karlsruhe.de.